

Von der Ökonomisierung der Bildung zur Humanisierung der Wirtschaft

Christian Felber, Berlin/Braunschweig/Hamburg

14.- 16. Dezember 2009

Die Gesellschaft müsste Euch eigentlich dankbar sein, weil Euer Engagement ein Lebenszeichen der Demokratie ist – inmitten einer allgemeinen Erosion der Demokratie.

Die Demokratie gilt als eines der höchsten Kulturgüter des so genannten Westens.

Vielleicht ist es das wichtigste Gut.

Demokratie ist der gleichzeitige Ausdruck von **Freiheit** – im Sinne von Selbstbestimmung und **Gleichheit**, weil alle im gleichen Ausmaß mitbestimmen dürfen und gleiche Rechte besitzen.

Bildung ist sowohl ein Weg zur persönlichen Freiheit als auch zur kollektiven Mitbestimmung. Von daher ist es ein hohes **demokratisches Gut**.

Ein für alle offenes und ausreichend finanziertes Bildungssystem ist ein fundamentaler Baustein einer Demokratie.

Eine demokratische Gesellschaft sollte sich ein gut finanziertes und für alle offenes Bildungswesen leisten.

Länder wie Deutschland oder Österreich *können* sich ein starkes und freies Bildungssystem problemlos leisten.

Im Unterschied zu vielen anderen Ländern.

Deutschland ist steinreich. Geld ist in Hülle und Fülle da.

Die Frage ist nur, wofür es verwendet wird.

Die Regierung hat klare Prioritäten, wofür sie Geld ausgeben will und wofür nicht.

Für die Banken sind sofort 500 Milliarden da – über Nacht und ohne demokratische Diskussion – 21% des BIP.

Für die öffentlichen und privaten Hochschulen stehen in Summe 33 Milliarden zur Verfügung – 1,4 Prozent des BIP

Andere Staaten geben deutlich mehr für Hochschulbildung aus:

Finnland und Schweden knapp 2%,

Kanada fast 2,5 %.

Es wäre also nur das Aufschließen zu ähnlich reichen Ländern, wenn das Hochschulbudget in den nächsten Jahren um 50% erhöhen würde.

33 Milliarden Euro sind ein Klacks gemessen am vorhandenen Reichtum in diesem Land. Die Netto-Finanzvermögen der Privathaushalte belaufen sich laut Deutschem Institut für Wirtschaftsforschung auf 6,6 Billionen Euro.

Eine Steuer von 0,5 % dieser Vermögen würde ausreichen, um das Budget der Hochschulen zu verdoppeln.

Die Regierung denkt nicht daran:

«Wir brauchen keine neuen Steuern», hat Entwicklungsminister Dirk Niebel (FDP) vor wenigen Tagen bekräftigt, was im aktuellen Koalitionsvertrag schon drinsteht:

Dort sind *Steuersenkungen* das Herzstück.

Die Verweigerung neuer Steuern ist auch die Linie der österreichischen Regierung. Finanzminister und Vizekanzler (Josef Pröll), der vor wenigen Wochen die Linie für die nächsten Jahre vorgegeben hat:

„Wir brauchen keine zusätzlichen Steuern.“

Während die Regierungen ohne mit der Wimper zu zucken Schulden in mehrstelliger Milliardenhöhe zugunsten der Banken machen, die nur und ausschließlich durch Steuern zukünftiger und gegenwärtiger Generationen zurückgezahlt werden können, weigern sie sich strikt, neue Steuern zu erheben.

Was ist die logische und zwingende Konsequenz?

Wir können die explodierenden Schulden zurückgezahlt werden, wenn es „keine zusätzlichen Steuern“ gibt?

Die Regierung wird die staatlichen Leistungen empfindlich weiter einschränken.

Das das zentrale Ziel neoliberaler Politik:

„Weniger Staat, mehr privat“

Lautet das Credo der neoliberalen Vordenker um Friedrich v. Hayek und Milton Friedman. Sie erklärten den Staat zum Feind und den Markt zum Naturwunder, das sich am besten selbst reguliert. Der Staat sollte sich zurückziehen, verduften.

Die Neoliberalen haben erfolgreiche Arbeit geleistet in Deutschland.

Die Abgabenquote sinkt und sinkt – von 40% im Jahr 2000 auf 37,9% im Jahr 2008 (BMF). Wieder um 2 Prozent weniger Staat!

Nach Rechnung der OECD ist die deutsche Staatsquote mit 36% sogar schon niedriger als die in Großbritannien.

Es scheint ein Wettlauf eingetreten zu sein um die niedrigste Staatsquote.

Die österreichische Bundesregierung hat sich in der Nachhaltigkeitsstrategie 2002 das Ziel gesetzt– ich zitiere:

„Die österreichische Steuer- und Abgabenquote soll zu den niedrigsten in der OECD gehören.“ (*„Die österreichische Strategie zur Nachhaltigen Entwicklung“, April 2002*).

Die drei niedrigsten Steuer- und Abgabenquoten hatten 2002 die Türkei, Südkorea und Mexiko – im Schnitt 21,5%. Das ist exakt die Hälfte der damaligen österreichischen Steuer- und Abgabenquote von 43%. Somit war es beschlossenes Ziel der Regierung Schüssel, den Staat Österreich zu halbieren = massakrieren/privatisieren.

Die Umsetzung dieses Ziels würde bedeuten:

Das öffentliche Bildungssystem halbieren.

Das öffentliche Gesundheitssystem halbieren.

Die Pensionsleistungen im öffentlichen Umlageverfahren halbieren.

Und auch alle anderen staatlichen Leistungen von der Trinkwasserversorgung über den Kindergarten bis zum Gehsteig halbieren.

Die Regierung wollte das neoliberale Projekt – radikaler Rückzug des Staates aus der Wirtschaft und Gesellschaft – mit aller Konsequenz und Härte durchdrücken.

Die programmatische Ansage der aktuellen Regierungen in Deutschland und Österreich liegen auf dieser Linie.

In den nächsten Jahren sind weitere Kürzungen beim Staat zu befürchten, weil es jede Menge Schulden zurückzuzahlen gilt, aber keine zusätzlichen Steuern geben wird.

Die Regierung wird beim Bildungssystem sparen.
Sie wird sagen: Tut uns leid, kein Geld da, wir haben Schulden!
Sie wird beim Gesundheitssystem sparen.
Und bei den Renten.

Und sie wird die noch verbleibenden öffentlichen Güter **privatisieren**:
die Bahn, die Post und vielleicht das öffentlich-rechtliche Fernsehen.
Die privaten Medienkonzerne, aber auch die Banken, haben schon ihr Interesse an der
Privatisierung bekundet.

Und danach folgen vielleicht die Schulen und Universitäten. **Die lassen sich genauso gut von
privaten Konzernen managen wie vom Staat.**

Nirgendwo steht geschrieben, dass Schulen und Universitäten öffentlich sein müssen. Das ist
eine ausschließlich politische Entscheidung.

Studiengebühren sind eine attraktive Vorleistung für die Privatisierung, denn es macht die
Unis attraktiver für Investoren, wenn sie Studiengebühren nur erhöhen oder verallgemeinern,
aber nicht mehr einführen müssen.

In Deutschland zahlen die Studenten und Studentinnen schon heute eine Milliarde Euro an
Studiengebühren.

„Wehret den Anfängen“ heißt, die Universitäten als öffentliches Gut frei und für alle
zugänglich zu halten.

Zur *öffentlichen Sparpolitik* und *Privatisierungsstrategie* der Regierungen passt als dritte in
den Bund die *Liberalisierung* – in der EU und in der WTO.

„Liberalisierung“ heißt Herstellung eines Marktes. Bildung wird zur Ware und Universitäten
zu Unternehmen, die nach Wettbewerbsfähigkeit und Gewinn streben müssen.

Wenn Bildung zu einer Ware wird, dann erhält sie nicht nur einen **Preis** – Stichwort
Studiengebühren – dann beginnt auch die Standardisierung, Normierung, Evaluierung und der
Einzug des Wettbewerbsdenkens.

Darunter leidet das öffentliche, demokratische, freie Gut Bildung – wer sich im Wettbewerb
ökonomisch behaupten muss, standardisieren und vergleichen lassen muss, ist nicht mehr frei.

Die Liberalisierung erfasst alle Bereiche des öffentlichen Sektors:

Die Bahn

Gesundheitsversorgung

Die Rentenversicherung

Die Post

Den sozialen Wohnbau

Die Stadtwerke

Versorgung mit Energie und Trinkwasser

Die EU attackiert diese Bereiche der Daseinsvorsorge einen nach dem anderen.

Denn die EU ist von ihrem juristischen Wesen her eine Freihandelszone – und kein Staat, der
seinen Bürger/innen öffentliche Güter bereitstellt.

Die EU versteht nichts von Daseinsvorsorge.

Sie kennt nur Handelswaren.

Und bricht die öffentlichen Versorgungsbereiche der Mitgliedsstaaten einen nach dem
anderen auf.

Das ist die „Binnenmarkt-Strategie“.

Das finale Ziel ist es, „den Binnenmarkt zu vollenden“.

Das heißt, dass alle „Märkte“ liberalisiert und alle öffentlichen Güter „privatisiert“ werden, auch die Bildung.

(Hayek und Friedman würden sich im Grab räkeln – vor Genugtuung.)

Obwohl das weltweit in allen Bereichen zu katastrophalen Ergebnissen geführt hat.

- In **Kalifornien** ist die **Stromversorgung zusammengebrochen**.
- In **Großbritannien** musste das **Eisenbahnnetz rückverstaatlicht werden**, weil die privaten Unternehmen die Schienen nicht instand gehalten haben und die Schienen den Zügen nicht stand gehalten haben und in einer Reihe schwerer Zugsunglücke zahlreiche Menschen ums Leben gekommen sind.
- In Ländern, **wo die Renten privatisiert wurden**, steigt die Altersarmut. Laut einer Studie der Universität Bristol müssen mehr als 40% der **Briten und Britinnen** schon 2007 – also noch vor der großen Krise – ein Leben in Altersarmut erwarten.
- In den **USA kündigen profitorientierte Grundschulen** Kinder mit schlechten Leistungsergebnissen, insbesondere Kinder, deren Muttersprache nicht Englisch ist, und sie steigern die Produktivität, indem sie die Lehrer/innen zu längeren Arbeitszeiten verpflichten.
- **Private Gefängnisse** drücken Kosten, um Gewinne zu maximieren. Sie sparen beim Essen, beim Platz und bei der Ausstattung. Dadurch kommt es häufiger zu Unruhen und Aufständen, da sie aber auch beim Personal sparen, kommt dieses mit den Aufständen nicht zurecht und muss die öffentliche Polizei zu Hilfe rufen, die auf Kosten der Steuerzahler Sonderschichten einschieben muss: Privatisierung der Gewinne, Vergesellschaftung der Verluste – wie bei den Banken. Die privaten Gefängnisse sparen auch bei der Fortbildung und bei der Resozialisierung, weil sie haben ein Interesse an einem treuen Stammkundenstock – wie Firmen eben.

Wer also glaubt, dass die Bildung vor der Liberalisierung und Privatisierung gefeit ist, hat das neoliberale Projekt noch nicht verstanden und kennt die heißen Bemühungen der EU-Binnenmarkt-Architekten noch weniger die der Welthandelsorganisation WTO und ihrem Dienstleistungsabkommen GATS.

Denn dort wird selbst das, was im Binnenmarkt noch nicht aufgebrochen werden kann, auf der „**globalen Überholspur**“ aufgebrochen.

Ein Beispiel: Die EU-Kommission ist mit der Liberalisierung des Trinkwassers bislang innerhalb der EU gescheitert – sehr zum Bedauern der privaten Konzerne, die sich deshalb die Haare raufen.

Doch in der WTO geht das. Gegenwärtig fordert die EU von mehr als 70 Mitgliedsstaaten der WTO die Öffnung der „Trinkwassermärkte“ für die globale Konkurrenz und damit für die profitorientierten Privatkonzerne der EU.

WTO-Recht ist noch höher stehend als EU-Recht und bricht dieses.

Einen Vorgeschmack bietet die Nordamerikanische Freihandelszone NAFTA.

Auch dort ist die Liberalisierung schon weiter vorangeschritten.

Und die kanadische öffentliche Post wird von UPS geklagt, weil sie noch subventioniert wird – vor einem globalen Gericht.

Ähnlich ist das Vorgehen der wenigen Privatbanken Deutschlands gegen die öffentlichen Sparkassen. Sie wollen diese in den freien Wettbewerb zwingen, *wodurch die Sparkassen ihren Gemeinwohlauftrag immer weniger erfüllen können* – obwohl gerade das private, profitorientierte Bankenmodell in die Krise geführt hat und die Sparkassen als Stabilitätsanker in der Krise erwiesen haben.

Die Banken sind das letzte und vielleicht beste Beispiel, dass Liberalisierung, Globalisierung und Privatisierung die falsche Strategie sind und direkt in die Katastrophe geführt haben.

Auch sie wurden via Liberalisierung in einen EU-Binnen- und dann in den globalen Markt getrieben, und das Ergebnis ist die Krise, in der wir sitzen.

Banken sollten aber, ähnlich wie Universitäten, nicht nach Gewinn streben und einander konkurrenzieren, sondern der Wirtschaft und Gesellschaft dienen. Dieser Gemeinwohlauftrag ist durch globale Liberalisierung verloren gegangen bzw. zerstört worden.

Wenn die Universitäten und Schulen liberalisiert, in Unternehmen verwandelt und auf den freien Markt geschickt werden, wird das Ergebnis ähnlich katastrophal ausfallen wie jetzt bei den Banken.

Wehret den Anfängen.

Das neoliberale Projekt ist nur gegen hohen Widerstand durchzusetzen, weil der Ausverkauf der Gemeingüter und die Ökonomisierung aller Lebensbereiche nicht mehrheitsfähig ist.

Deshalb bedienen sich die Regierungen mächtiger Hebel, um dieses Projekt durchzudrücken.

Sie fantasieren die Staaten selbst zu Unternehmen – und argumentieren sodann, dass die Staaten zueinander im Wettbewerb stünden und deshalb „keine neuen Steuern“ eingehoben werden können. Die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts – auf den die Demokratie sich reduziert hat – würde darunter leiden – wir werden erpresst.

Dieses Argument ist nicht nur zutiefst undemokratisch, es ist auch grundfalsch.

Denn die Staaten mit den höchsten Steuer- und Staatsquoten – Schweden, Finnland, Dänemark – fahren am besten:

- Sie haben die niedrigsten Armutsraten;
- die am weitesten gehende Gleichstellung zwischen Frauen und Männern;
- die großzügigsten Entwicklungszusammenarbeit-Etats;
- und die üppigsten Hochschul-Budgets.

Den Ländern mit den höchsten Steuerquoten, mit den umfangreichsten öffentlichen Sektoren und den höchsten Spitzensteuersätzen geht es gut.

In Deutschland arbeiten etwas mehr als 10% aller Erwerbstätigen im öffentlichen Sektor; in Skandinavien sind es an die 30%. Das Argument der „Wettbewerbsfähigkeit“ ist nur ein Vorwand, um den öffentlichen Sektor zu schrumpfen und die Reichen steuerlich zu schonen.

In Deutschland (und Österreich) werden die Reichen systematisch steuerlich entlastet:

1991 wurde die Börsenumsatzsteuer abgeschafft.

1996 die Vermögenssteuer.

Der Gewinnsteuer für Kapitalgesellschaften wurde 2000 und 2008 in 2 Reformen halbiert.

Die Erbschaftssteuer wurde 2008 reduziert.

Die schwarz-gelbe Regierung will sie am 1. Jänner nochmals senken.

Deutschland zählt bereits jetzt zu den Ländern mit der niedrigsten Vermögensbesteuerung unter allen Industrieländern.

Entsprechend entwickelt sich die Zahl der Superreichen.

Die Zahl der HNWI ist in Deutschland auf über 800.000 Personen explodiert, und die Krise hat sie nicht vernichtet, die Zahl ging von 833.000 2007 auf 810.000 zurück, das ist eine höhere Zahl als 2006, da waren es 798.000.

Auch die Milliardäre hat es nicht hart erwischt: Der Wert der 100 größten Vermögen in Deutschland fiel 2009 gegenüber 2008 um verschmerzbares zwölf Prozent von 325 auf 285 Milliarden Euro.

Von massiver Vermögensvernichtung bei den Reichen durch die Krise also bisher keine Spur!

In Deutschland besitzen Laut Regierungsangaben

10 Prozent der Bevölkerung 61,6 Prozent des Gesamtvermögens.

und 70 Prozent der Bevölkerung 9 Prozent des gesamten Vermögens.

Würden die Vermögen der zehn Prozent reichsten mit nur einem Prozent besteuert würden, würde das 41 Milliarden Euro mehr einbringen – mehr als das gegenwärtige Hochschulbudget.

Es gibt noch weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Staatsfinanzen:

- Die völlige **Gleichstellung von Kapital- mit Arbeitseinkommen**. Derzeit sind viele Kapitaleinkommen geringer besteuert als Arbeitseinkommen.
- Die **Anhebung des Spitzensteuersatzes** auf einen Wert, wie er seit den 1950er Jahren bis 2000 war: oberhalb von 50%, zum Beispiel lag er 1975 – 1990 bei 56%.
- Eine **Finanztransaktionssteuer** würde laut einer Wifo-Studie auf EU-Ebene in einem mittleren Szenario rund 150 Milliarden Euro einspielen. Zum Vergleich: Die EU „kostet“ derzeit 133 Milliarden Euro (EU-Etat). Die Transaktionssteuer könnte die gesamte EU finanzieren.
- Die **globalen Dollar-Millionäre (HNWI)** vermehrten ihren Reichtum zwischen 1996 und 2007 um sage und schreibe 24 Billionen US-Dollar oder 24.000 Milliarden US-Dollar. Laut Internationalem Währungsfonds IWF belaufen sich die Abschreibungen aller Banken weltweit zwischen Mitte 2007 und Ende 2010 auf 4 Billionen US-Dollar – ein Sechstel des Reichtumszuwachses der Dollarmillionäre. Wenn sie ein Sechstel ihres zusätzlichen Reichtums der letzten zehn Jahre abgeben würden, könnten alle Krisenkosten beglichen werden. Die Massen würden keinen Cent mehr Steuern zahlen, die Staaten bräuchten keine Leistung einschränken und keine neuen Schulden machen.

- Die **Abschaffung des Erbrechts** oberhalb eines Freibetrags von z. B. 500.000 Euro und die Gleichverteilung des Vermögens der scheidenden Generation an die folgende würde die Chancen gleicher verteilen als heute.

Die Bankenretter diskutieren nicht über solche Vorschläge. Die Bankenretter haben andere Themen. Die Wettbewerbsfähigkeit.

Demokratie

Ziel der Bildung darf nicht Wettbewerbsfähigkeit sein.

Ziel der Bildung muss der **mündige, kritische und freie** Mensch sein.

Wenn die Regierung die Universitäten als Unternehmen betrachtet, ist das das Ende der freien Bildung.

Und wenn unsere Regierungen die Staaten zu Unternehmen fantasieren und auf Standorte reduzieren, ist das das Ende der Demokratie.

Die Demokratie ist dann lebendig und glaubwürdig, wenn alle Teilorganisationen so demokratisch wie möglich organisiert sind.

Deshalb muss die Demokratisierung der Universitäten und die progressive Mitbestimmung und Selbstbestimmung der Studierenden für alle ein Ziel sein, denen die Demokratie wichtig ist.

Wer sich als Demokrat oder Demokratin versteht, sollte jene unterstützen, die sich für die Demokratisierung der Universitäten einsetzen.

Selbstbestimmung und Mitbestimmung sind so wichtig, damit die Betroffenen ihren eigenen Bildungsbegriff formen und politisch durchsetzen können.

Im 128 Seiten starken Koalitionsvertrag der neuen Regierung vom Oktober dieses Jahres kommt das Wort Demokratie – in allen Schattierungen Kontexten – 6mal vor.

Zum Vergleich: Das Wort Wachstum kommt 30mal vor.

Das Wort Wettbewerb 81mal.

Solidarität: 4mal.

Menschenwürde: 3mal.

Der österreichische Finanzminister und Vizekanzler hat es geschafft, eine mehrstündige Grundsatzrede zu halten, in der er das Wort Demokratie erfolgreich vermieden hat.

Das sagt viel über das Demokratieverständnis der Regierung.

Ich danke Euch für Euer Demokratieverständnis und für die gelebte Demokratie.

Ihr gebt der Gesellschaft Hoffnung, dass der Traum nach mehr Demokratie und gleicher Mitbestimmung aller und dadurch gleicher Wertschätzung aller die Menschen bewegt, sich politisch zu engagieren.

Wenn es Euch gelingt, mehr Mitbestimmung an den Universitäten durchzusetzen und die Hochschulen zu demokratisieren, dann könnte das eine Vorbildwirkung auf andere Sektoren und vielleicht auf die gesamte Gesellschaft haben.

Attac unterstützt deshalb nicht nur die Demokratisierung der Universitäten, Attac fordert auch die Demokratisierung der Bahn, der Post und der Banken.

Unsere Bahn!
Unsere Post!
Unsere Demokratische Bank!
Unsere Unis!

Auf EU-Ebene sind öffentliche Güter wie gesagt gar nicht vorgesehen. Auch der Lissabon-Vertrag bringt keine EU-weiten öffentlichen Güter. Dabei würden gerade diese die EU sympathischer machen und die Menschen für die EU gewinnen.

Die „logischsten“ EU-weiten öffentlichen Güter wären die Kommunikationsgüter:

EU-BürgerInnen-Bahn

EU-Post für alle

EU-Telekomnetz ohne Vorwahlen (zwischen Anbietern), stundenlange Angebotsvergleiche und Roaminggebühren

Offenes und kostenloses Internet in der EU, besser noch weltweit (wenn schon „www“).

Diese „Demokratischen Allmenden“ wären wichtige Bausteine der Gemeinwohlwirtschaft, die ich in „Neue Werte für die Wirtschaft“ als „Alternative zu Kommunismus und Kapitalismus“ beschrieben habe.

In der Gemeinwohl-Ökonomie streben die Unternehmen nicht mehr nach Gewinn in Konkurrenz zueinander, sondern nach dem Gemeinwohl und werden dafür belohnt, dass sie kooperieren. Eine Zusammenfassung findet sich hier:

http://www.christian-felber.at/artikel/pdf/Neue_Werte_8_Seiten.pdf

Christian Felber, Dezember 2009
www.christian-felber.at

WEITERE INFOS :

Vermögensverteilung in Deutschland:

10 Prozent besitzen 61,6 Prozent des Gesamtvermögens.

70 Prozent besitzen 9 Prozent des gesamten Vermögens.

Die 10 reichsten Deutschen 2009, Vermögen in Mrd. EURO

1. Familie Karl Albrecht, Aldi Süd	17,35
2. Familie Theodor Albrecht, Aldi Nord	16,75
3. Dieter Schwarz, Lidl-Gruppe	10,00
4. Familie Otto	8,15
5. Familie Reimann, Reckitt Benckiser	7,15
6. Susanne Klatten	7,00
7. Familie Reinhold Würth	6,80
8. Familie Oetker	6,35
9. Tchibo-Erben Günter und Daniela Herz	6,00
10. Familie Braun	5,10

Quelle: Rangliste "Die 300 reichsten Deutschen", manager magazin Spezial, Oktober 2009

Der österreichische Finanzminister und Vizekanzler Josef Pröll spricht in seiner Rede „Projekt Österreich“ wörtlich, dass er Österreich „wie ein mittelständisches Unternehmen im globalen Wettbewerb“ versteht.

Das ist zunächst ein Skandal an sich, **weil der Staat kein Unternehmen ist.**

Der Staat ist oder sollte zumindest sein Instrument und Ausdruck des Gemeinwillens. Ziel eines Staates ist die Umsetzung des Willens des Souveräns, nicht Gewinne zu machen und nicht, wettbewerbsfähig zu sein.

Und: Ein typisches mittelständisches Unternehmen ist nicht demokratisch organisiert. Der Vizekanzler will mit seiner Metapher für den Staat die Demokratie durch die Hintertür entsorgen, und es folgt kein medialer Aufschrei, weil die Medien diesen metaphorischen Putsch offenbar goutieren, anstatt ihn zu entlarven und zurückzuweisen.

(Selbst wenn der Staat ein mittelständisches Unternehmen wäre, dann wäre es strategischer Selbstmord, bei der eigenen Zukunft zu sparen, beim Wissensfundament, bei der Bildung, beim Rahmen für Erkenntnis, Kreativität und Weisheit. Der Finanzminister hat nicht nur ein hochproblematisches Verständnis von Demokratie, sondern offenbar auch kein sehr tiefgehendes von einem mittelständischen Unternehmen im globalen Wettbewerb.)